

Standpunkt

Thema des Tages

Freiraum der Kirchen erhalten



VON GERNOT STEGERT

Gerichtsurteile besagen zuweilen das Gegenteil dessen, was man auf den ersten Blick meint. So auch jetzt beim Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte. Die Straßburger Richter kassierten die Entlassung eines Chorleiters durch eine katholische Kirchengemeinde. Wankt also das eigene Arbeitsrecht der Kirchen? Zwingen Juristen irgendwann den Vatikan, aus Gründen der Gleichbehandlung Frauen und Homosexuelle zum Priesteramt zuzulassen? Keineswegs.

Schaut man sich das Urteil genauer an, dann verwerfen die Europarichter die Kündigung nicht etwa wegen der kirchlichen Begründung – einer außerehelichen Beziehung. Sie bemängeln lediglich, dass die Arbeitsgerichte nicht genügend zwischen den Rechten beider Seiten abgewogen hätten. Straßburg hat

den Grundsatz des eigenen kirchlichen Arbeitsrechts sogar gestärkt. Das zeigt ein zweiter mitverhandelter Fall eines leitenden Presse-Mitarbeiters der deutschen Mormonen – ebenfalls wegen außerehelicher Beziehungen. Seine Kündigung wurde mit der Begründung bestätigt, der Mann hätte wissen müssen, welche Bedeutung die eheliche Treue für seinen Arbeitgeber hat.

Die Kirchen behalten also ihren Freiraum – wie Tendenzbetriebe auch. Und das ist gut so. Denn Reformen – etwa bei der Rolle der Frauen – müssen aus der Kirche selbst kommen. Der Staat darf sich da nicht – gewissermaßen päpstlicher als der Papst – einmischen, auch nicht in Form der Justiz. Das gebietet die Trennung beider Bereiche ebenso wie die Religionsfreiheit. (Hst)

■ Bericht S. 1, Artikel auf dieser Seite

„Eine Niederlage für die Kirche“

Entlassener Organist will Entschädigung

VON RALF ISERMANN

München. Der Katholik Bernhard Schüth und der Mormone Michael O. haben eine ähnliche Vita: Die in den späten 50er Jahren geborenen Männer suchten und fanden in ihren Kirchen Anstellung. Sie waren aber in ihren Ehen irgendwann so unzufrieden, dass sie mit anderen Frauen neue Beziehungen eingingen. Beide wurden dafür von ihren Kirchen gekündigt.

Nach einem gestern verkündeten Urteil des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte war dies im Fall des Mormonen rechtens, im Fall des Katholiken nicht: Katholischen Kirchenangestellten in ähnlicher Lage könnte das Urteil helfen.

Thema des Tages

Der Rechtsstreit um die beiden Kündigungen zieht sich seit Jahren durch die Instanzen. Schüth erhielt 1997 von seinem Dekan die Entlassung als Organist und Chorleiter einer Essener Pfarrei, nachdem seine Kinder im kirchlichen Kindergarten erzählt hatten, dass der Papa wieder Vater wird – mit einer anderen Frau.

Der für die Öffentlichkeitsarbeit der Mormonen in Europa zuständige Michael O. war 1993 entlassen worden, nachdem er selbst seinen Vorgesetzten von seinen Eheproblemen und seinem Fremdgehen erzählt hatte. Seine Chefs warfen ihn fristlos raus – Ehebruch kommt als Sünde bei den Mormonen gleich hinter Mord. Dass nun die Entlassung des einen Kirchenbeschäftigten rechtlich okay war, die des anderen aber einen Verstoß gegen Menschenrecht bedeutete, liegt nach dem Straßburger Urteil auch an der Herangehensweise der deutschen Arbeitsgerichte. Im Fall des Mormonen hatten die Gerichte sich ein differenziertes Bild gemacht. Eine Rolle spielte dabei vor allem die hochrangige Funktion des Klägers und sein mit damals 34 Jahren relativ junges Alter, in dem er weitere Chancen am Arbeitsmarkt hatte.

Im Fall des Katholiken dagegen machten es sich die Arbeitsgerichte nach dem Straßburger Urteil dagegen zu leicht: Sie übernahmen die Argumentation von Schüths Essener Sankt-Lambertus-Gemeinde für die Kündigung, ohne sie weiter zu hinterfragen. Besonders bemängelten die Richter, dass die Gerichte die Probleme eines Kirchenmusikers außer Acht gelassen hätten, einen neuen Job zu finden.

Grundsätzlich erkannten die Straßburger Richter in ihren

ersten Urteil dieser Art an, dass es in Deutschland einen Schutz der Kirchen vor staatlicher Einmischung auch im Arbeitsrecht gibt – das heißt, die Kirchen dürfen gewisse Ansprüche an ihre Beschäftigten stellen, die im öffentlichen staatlichen Dienst nicht rechtens wären, und sie dürfen bei Verstößen gegen diese Ansprüche kündigen.

Die Frage ist nun aber, ob diese Einschränkung des Kündigungsschutzes künftig weiter für alle kirchlichen Beschäftigten gilt. Der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz, der Freiburger Erzbischof Robert Zollitsch, wollte sich zu nächst noch nicht zu möglichen Konsequenzen aus dem Urteil äußern, sondern dieses erst von Kirchenrechtlern prüfen lassen.

■ Zollitsch will Urteil prüfen

Nach Einschätzung des Direktors des Bonner Instituts für Staatskirchenrecht, Wolfgang Rüfner, ist das Urteil allerdings „ganz klar eine Niederlage für die Kirche“. Bisher seien die Juristen davon ausgegangen, dass ein Organist mit seiner Rolle im Gottesdienst eine „Verkündigungsposition“ habe und damit besonderen Ansprüchen unterliege – dies habe Straßburg nun revidiert. Für Organisten oder Küster müssten Gemeinden bei einer Kündigung in einem ähnlichen Fall künftig aufpassen. Ob das Urteil allerdings auch bei anderen kirchlichen Berufen wie etwa Erzieherinnen in Kindergärten greife, lasse sich erst nach der ausführlichen Urteilsbegründung sagen.

Der nach seiner Entlassung halbtags von einer evangelischen Gemeinde angestellte Schüth träumt nun davon, wieder an seine alte Orgel zurückkehren zu können – er hatte sie mitgezogen und aufgebaut. Doch tatsächlich wird er wohl nur eine finanzielle Entschädigung durchsetzen können: Straßburg gab dem Essener Bischof drei Monate Zeit, sich mit Schüth darüber zu einigen – der 53-Jährige fordert 300 000 Euro. (afp)

„Sarrazin geht an der Realität vorbei“

Professor Raoul Motika wirbt für Integration und den Beitritt der Türkei zur EU

VON REGINA TAUER

Marburg/Istanbul. Der Beitritt der Türkei zur EU ist für ihn der Schlüssel zur Aussöhnung Europas mit dem Islam. Am 1. Oktober tritt Professor Raoul Motika seinen Dienst als neuer Direktor des Orient-Instituts Istanbul an. Am Rande des 31. Orientalistentages in Marburg sprach diese Zeitung mit dem Türkei-Experten.

? *Herr Professor Motika, sind Sie Herrn Sarrazin dankbar?*

Professor Raoul Motika: (lacht) Die Debatte über die Integration findet in Deutschland schon seit einigen Jahren intensiver statt. Deshalb hätten wir Herrn Sarrazin nicht unbedingt gebraucht, um in die Debatte einzusteigen. Zumal sein Beitrag eher polarisierend hat als zur sachgerechten Aufarbeitung der existierenden Probleme beizutragen.

? *Mit den Ängsten der Deutschen vor dem Islam lässt sich offenbar Kasse machen. In wenigen Tagen kommt ein Buch von Alice Schwarzer auf den Markt. Um darauf aufmerksam zu machen, hat Schwarzer schon einmal vorab ein Kopftuchverbot an deutschen Schulen gefordert. Was halten Sie davon?*

Motika: Das ist reiner Populismus. Vom Gesetz her betrachtet können Sie niemanden verbieten, mit grün gefärbten Haaren oder eben mit einem Kopftuch herumzulaufen. Das verstiebt gegen die Grundrechte. Unsere Schulen sind bekenntnisneutral. Ein anderer Fall läge vor, wenn eine Schulkonferenz unter Einbeziehung der Eltern beschließen würde, dass keine Kopftücher an der Schule getragen werden sollen. Außerdem ist Bildungspolitik Ländersache, weshalb solcherart Regelungen sowieso nur im Rahmen der jeweiligen Landesgesetzgebung getroffen werden könnten.

? *Sarrazin stößt mit seinen Thesen auf Zustimmung in der Bevölkerung. Gibt es eine Islamfeindlichkeit bei den Deutschen?*

Motika: In der Bevölkerung existiert eine große Verunsicherung, was die Zuwanderung der letzten Jahrzehnte betrifft. Das bezieht sich auf Russlanddeutsche ebenso wie auf Menschen, die aus dem Nahen Osten oder aus der Türkei zu uns kommen. Sie unterscheiden sich in ihrem Alltagsverhalten und in ihrer sozialen Stellung von der Mehrheitsgesellschaft. Und, dazu liegen ja durchaus auch Untersuchungen vor, sie fallen überdurchschnittlich durch kriminelles Verhalten auf. Dies aber nicht, wenn man Vergleichsgruppen mit dem gleichen sozialen und bildungsmäßigen Hintergrund heranzieht. Deutschland kann sich aber im Zuge der Globalisierung weltweiten Migrationsströmen sowieso nicht entziehen, weshalb Gesellschaft und Staat Integrationspolitik zu einer Kernaufgabe machen müssen. Von Terroranschlägen im Namen des Islam wird zwar fast täglich in den Medien berichtet. Doch die muslimischen Einwanderer in Deutschland sind zu 80 Prozent Türken, von denen über 99 Prozent mit religiösem Extremismus und „Heiligem Krieg“ nichts am Hut haben.

? *Dennoch gibt es junge Türken, die sich zum gewaltbereiten Islamismus hingezogen fühlen.*

Motika: Bei der sogenannten Sauerland-Gruppe oder ähnlichen Vereinigungen haben wir es mit einem anderen Phänomen zu tun. Ihre Mitglieder – sofern sie türkischer Herkunft sind und keine zum Islam konvertierten Deutschen – haben keinen Bezug mehr zum Herkunftsland ihrer Eltern. Manche fühlen sich in ihrer Suche nach Identität zu extremistischen Ideologien hingezogen, häufig stecken auch persönli-



Arbeitsplatz Istanbul: In der Nähe des Taksim-Platzes befindet sich das Orient-Institut Istanbul. Die deutsche Forschungseinrichtung bekommt ab Oktober mit Professor Raoul Motika einen eigenen Chef. (Foto: dpa)

che Lebenskrisen dahinter. Anders ist dies bei der älteren Generation von türkischen Islamisten. Der selbsternannte Kalif von Köln griff die Türkei in seinen Predigten an, wollte das dortige Regime stürzen. Sein Ziel war nicht die deutsche Mehrheitsgesellschaft, in der er lebte. Diese neue radikalen Gruppen fallen zwar zahlenmäßig nicht ins Gewicht, dennoch müssen sowohl die muslimischen Organisationen wie auch die Mehrheitsgesellschaft auch über polizeiliche Maßnahmen hinaus Wege finden, sie gesellschaftlich wieder zu integrieren. Mit dem Alltagsleben der Muslime in Deutschland haben diese Gruppen jedoch wenig zu tun.

? *Inwiefern?*

Motika: Dort gibt es außer der bekannten Bildungsmisere und der daraus resultierenden höheren Arbeitslosigkeit ganz andere Probleme: Des Konservatismus in vielen Familien, etwa das vielzitierte Abmelden der Mädchen aus dem Sportunterricht. Aber dies sind in erster Linie soziokulturelle Probleme. Interessant ist auch, dass anscheinend für immer mehr junge Frauen aus muslimischen Familien nicht mehr die Herkunft der Eltern sondern die Religion zum zentralen Identifikationsfaktor wird. So kommt es, dass manche aufstiegsorientierte Musliminnen ganz bewusst das Kopftuch tragen. Auf dem deutschen Arbeitsmarkt finden diese gut ausgebildeten Frauen dann keinen Job, weil die Mehrheitsgesellschaft es nur schwer erträgt, dass sich jemand vom Mainstream unterscheidet und nicht etwa weil es ihnen ihre Väter oder Brüder verbieten würden.

? *Mit der Islamkonferenz unternimmt der deutsche Staat den Versuch, mit den Muslimen ins Gespräch zu kommen. Welches Zwischenfazit ziehen Sie?*

Motika: Die Islamkonferenz hat sich eine sehr schwierige Aufgabe gestellt. Der Staat in Gestalt des Bundesinnenministers hat die Rolle des Moderators übernommen. Das ist sehr lobenswert. Ich wundere mich, warum dies nicht schon unter der rot-grünen Regierung passiert ist. Das Hauptproblem ist die Auswahl der Gesprächspartner auf muslimischer Seite. Dabei wurde ein Mix von Verbandvertretern und sogenannten unabhängigen Muslimen gewählt. Das hat viel zu internen Diskussionen und weniger zu Lösungen geführt. Allerdings gab es zu dieser Zusammensetzung kaum eine Alternative. Wissenschaftliche Untersuchungen zeigen, dass die Mehrheit der in Deutschland lebenden Muslime einen eher weltlich orientierten Lebensstil pflegt. Sie betrachten den Islam als Teil ihrer mora-

lisch-ethischen Weltsicht und feiern die religiösen Feste. Nicht mehr und nicht weniger. Wir haben eigentlich kein reelles Islam-Problem in Deutschland, da die weite Mehrheit der hier lebenden Muslime unsere Rechtsordnung der Scharia eindeutig vorzieht.

? *Woher kommt das Unbehagen der Deutschen dann?*

Motika: Wir haben ein soziales Problem und ein Bildungsproblem, die sich gegenseitig bedingen. Gerade unter den Muslimen sind viele Menschen die keinen oder nur einen einfachen Schulabschluss haben. Viele Zuwanderer haben sich in der Sozialhilfe eingerichtet, was aber beileibe nicht nur die Muslime betrifft.

? *Es gibt Integrationsbeauftragte, es gibt Partnerschaften mit den Herkunftsländern, Hessen will sich mit der türkischen Region Bursa verschwistern. Da läuft vieles auf institutioneller Ebene, aber wie kommen sich die Menschen näher?*

Motika: Begegnungsforen wie die Woche des ausländischen Mitbürgers sind überholt. Wir brauchen ein viel organisierteres Zugehen der Mehrheitsgesellschaft auf Menschen mit Migrationshintergrund. In Sportvereinen und anderen Vereinen sollten gezielt solche Mitglieder geworben und anfangs auch betreut werden. Nur wenn zahlreiche und vielfältige Kooperationsmöglichkeiten im Alltag existieren, gibt es Möglichkeiten zur realen Integration. Wir dürfen nicht nur auf eine Bringschuld pochen – „Ihr müsst Deutsch lernen“. Der Straßenkehrer, der im türkischen Laden einkauft, braucht kein Deutsch. So hat die „Parallelschule“ 30 Jahre lang für alle Seiten eigentlich gut funktioniert. Doch jetzt hat der Wandel der Arbeitswelt dafür gesorgt, dass viele einfache Jobs weggefallen sind. Wir haben eine wachsende Unterschicht in Deutschland, die sich zum Teil aus Migranten rekrutiert, genauso aber auch aus Deutschen, die dem Druck der Wettbewerbsgesellschaft nicht standhalten. Wir müssen uns diesem Problem stellen. Diese Menschen sind hier und können nicht einfach abgeschoben werden, wie manche dümmliche Populisten fordern. Wir müssen die Kinder gezielt und individuell fördern, die der deutschen Sprache nicht mächtig sind. Das kostet Geld, aber wenn wir nichts tun, wird es für die Gesellschaft später viel teurer.

? *Bildung ist der Schlüssel zur Integration?*

Motika: Ein Großteil meiner Studenten stammt aus türkischen Familien, in denen die Eltern Arbeiter oder gar Hilfs-

arbeiter sind. Ihre Kinder haben es auf die Universität geschafft. Sicher ist, dass der Anteil der Kinder aus deutschen Unterschichtsfamilien, die eine Hochschule besuchen, niedriger ist. Dies zeigt schon, dass simplifizierende Aussagen wie die von Populisten wie Herrn Sarrazin an der Realität vorbeigehen.

? *Viele Deutsche haben Angst, dass die Türken die EU nutzen könnten, um in die „Sozialsysteme einzuwandern“. Zu Recht?*

Motika: Die Türkei gehört zu den G20-Ländern und damit zu den führenden Industrienationen weltweit. Forschungen des Orient-Instituts Istanbul zeigen, dass die Türkei inzwischen selbst ein Einwanderungsland ist. Und viele Türken aus dem Ausland kehren zurück, weil die türkische Wirtschaft dynamisch ist und die Aufstiegschancen besser als in Deutschland sind. Für die Türkei könnte auch für die erste Zeit ihrer Mitgliedschaft eine Mobilitätsbremse gelten, wie es etwa bei den osteuropäischen Mitgliedern der Fall war.

? *Abgesehen von der wirtschaftlichen Ebene – wo liegen die Vorteile einer türkischen EU-Mitgliedschaft aus deutscher Sicht?*

Motika: Die zweite Ebene ist die politische. Die Europäische Gemeinschaft wurde gegründet, um die Gegensätze in Europa, insbesondere zwischen

Frankreich und Deutschland, zu überwinden. Es gelang die Befriedung Europas nach zwei schrecklichen Weltkriegen. Das war die erste Stufe, die zweite war die Versöhnung mit dem ehemaligen Ostblock. Die dritte Stufe ist die historische Aussöhnung Europas mit der islamischen Welt auf konzeptioneller und institutioneller Ebene. Und da kommt realistisch gesehen eigentlich nur die Türkei als Partner in Frage. Eine offene Hand auszuschlagen, ist aus meiner Sicht keine besonders zukunftsfähige Politik. Natürlich immer vorausgesetzt die Türkei erfüllt die Beitrittsbedingungen.

? *Führt der Weg der Türkei über Armenien, oder ist der 1915 von Türken begangene Völkermord an den Armeniern eine Randfrage?*

Motika: Einerseits ist es ein Randthema: Auch Frankreich wurde im Rahmen der damaligen Vertiefung der EWG nicht die Bedingung gestellt, sich mit Algerien auszusöhnen. Aber natürlich stehen im Hintergrund die Fragen: Wie geht die Türkei mit ihrer Vergangenheit um? Wie geht sie mit ihrem multiethnischen Erbe um, wie hält sie es mit den Menschenrechten, der Religionsfreiheit und dem Nationalismus? Hier ist die Türkei jedoch auf einem guten Weg. Erst letzte Woche fand eine Messe am früheren Sitz des Patriarchen der armenischen Kirche statt. Tausende Armenier waren da.

Neuer Direktor

Professor Raoul Motika, Jahrgang 1961, studierte Geschichte und Kultur des Nahen Orients, Politologie, Kommunikationswissenschaften und Historische Hilfswissenschaften an den Universitäten München, Izmir und Teheran. Seit Oktober 2006 ist Motika Lehrstuhlinhaber des Faches Turkologie am Asien-Afrika-Institut der Universität Hamburg. Zum Oktober übernimmt er die Leitung des Ori-

ent-Instituts Istanbul in der Metropole am Bosphorus (OII). Das OII ist ein unabhängiges wissenschaftliches Institut und wurde 1989 als Nebenstelle des Orient-Instituts Beirut gegründet. Ursprünglich von der Deutschen Morgenländischen Gesellschaft (DMG) 1961 ins Leben gerufen, ist das Institut heute Mitglied im Verbund der Deutschen Geisteswissenschaftlichen Institute im Ausland (DGIA). (ret)



Gespräch im Marburger Schloss: Professor Motika (rechts) und junge Wissenschaftler. (Foto: Tauer)